

## Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

„gib jedem Tag die Chance, der schönste deines Lebens zu werden.“

Dieses Zitat von Mark Twain drückt aus, dass es zunächst wesentlich von dir selbst abhängt, wie die Zukunft aussehen soll.

In Zeiten der Pandemie, in denen das tägliche Leben immer wieder aufs Neue eingeschränkt wird, fällt es tatsächlich schwer, an solche Chancen zu glauben.

Eröffnen diese Herausforderungen aber nicht auch neue Möglichkeiten?

Durch ein gemeinsames, solidarisches Handeln, einem Miteinander und nicht Gegeneinander sollte es gelingen, auch das Schöne eines Tages zu entdecken und entsprechend positiv in die nächste Zeit zu blicken.

Wir haben in den letzten Wochen und Monaten auch wieder gelernt, was wirklich wichtig ist im Leben. Und dass man auf Unwichtiges verzichten kann.

Die Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft haben es in diesen Tagen wahrlich nicht einfach.

Die mahnenden Worte zu Vorsicht und Rücksichtnahme werden vom überwiegenden Teil der Bevölkerung beherzigt, die angeordneten Maßnahmen beachtet und umgesetzt.

Aber es gibt leider auch Personen, die meinen, sich nicht an die Regeln des Rechtsstaates halten zu müssen.

Wissenschaftsfeindliche Corona-Leugner und Impfgegner haben der Gesellschaft unüberhörbar die Solidarität aufgekündigt.

Wie viel Verständnis muss man für diejenigen aufbringen, die von einer angeblichen Diktatur faseln? Wie hermetisch muss man sich vor der Realität abschotten, um das zu glauben? Ein Blick nach Kasachstan würde genügen...

Das Verschwörungsgerede, das diese Personen verbreiten, ist giftig. Man sieht das schon an der Arroganz, mit der sie die Gesundheitsgefahren für andere Menschen herunterspielen oder ignorieren. Jetzt muss die Mehrheit zeigen, dass sie die Mehrheit ist.

Ein Gemeinwesen, das sich nicht aufgegeben hat, muss hier dagegenhalten. Mit deutlich mehr Konsequenz als bisher, auch polizeilicher.

Es gilt, Zeichen zu setzen gegen dieses Verschwörungsgeschwätz und die Wissenschaftsfeindlichkeit.

Trotz all der Hemmnisse sollte es gelingen, die Pandemie, die so viel verändert hat, zu überwinden.

Lassen wir uns die Hoffnung nicht nehmen. Und das Vertrauen.

„Vertrauen wächst, wenn wir mit politisch Verantwortlichen ehrlicher über Schwierigkeiten, Zwänge und Interessengegensätze reden.“ (Rita Süßmuth).

**In diesem Sinne: vertrauen wir auf die Zukunft.  
Auf ein erfolgreiches, gutes und gesundes neues Jahr  
2022!**

## INHALT

**Seite 2**  
Bericht aus dem Kreistag

**Seite 3**  
Bernd Rützel  
SPD und Olaf Scholz haben es  
geschafft

**Seite 4**  
Kurz berichtet

**Seite 5**  
Veranstaltungen im letzten Jahr

**Seite 6 und 7**  
Aktuelle Projekte  
in der Gemeinde

**Seite 8**  
Gleich-ungleich  
Lukas Dürrnagel und Brüssel

# Bericht aus dem Kreistag

So manch eine:r der neu gewählten Mandatsträger:innen des Kreistags fragt sich inzwischen vermutlich, ob er/ sie den Sitzungssaal überhaupt noch einmal in Vollbesetzung erleben wird, denn auch im vergangenen Jahr pilgerten die Kreisrät:innen durch diverse Hallen des Landkreises.

Natürlich war die Pandemie eines der wichtigsten Themen in der politischen Arbeit, zumal sich die Anforderungen an das Klinikum in punkto Bereitstellung von Intensivbetten, Belastung des Personals und Umsetzung von Infektionsschutzmaßnahmen deutlich auswirkten.

Unter diesen Vorzeichen fanden auch die Beratungen zum Masterplan statt, der die Leitplanken für den Neubau und die Neuausrichtung des Klinikums vorgibt.

Unser Fazit: Die Beurteilung der Konzepte im Masterplan ist durchwachsen, insbesondere die beschriebenen Ideen für die Nachnutzung des Standorts in Marktheidenfeld haben sich bis zum Dezember deutlich relativiert.

Die SPD-Kreistagsfraktion begleitet den Prozess konstruktiv-kritisch: Mehrfach haben wir mit umfangreichen Fragenkatalogen an den Klinikreferenten Bostelaar und Landrätin Sitter um Aufklärung gebeten - sei es in Bezug auf die Personalsituation, sei es in Bezug auf den Fortgang des Klinikneubaus oder in Bezug auf das Nachnutzungskonzept für Marktheidenfeld.

Antworten haben wir erhalten, hätten uns aber mitunter eine raschere und klarere Kommunikation gewünscht.

Ähnlich verhält es sich auch mit dem zweiten großen Thema: dem Sanierungsbedarf der landkreiseigenen Schulen, vor allem des Gymnasiums und der Realschule in Marktheidenfeld samt Sporthalle.

Im Dezember gelang es dann endlich fraktionsübergreifend den Beschluss zur Einleitung des sogenannten VgV-Verfahrens herbeizuführen, das am Anfang des Neubauprojekts steht. Begleitet wurde dieser Beschluss von zähen und sehr kontroversen Diskussionen. Leider müssen wir hier feststellen, dass die Solidarität einzelner Vertreter der Landkreiskommunen schnell endet, wenn es um Fragen der Finanzierung geht, selbst wenn Kinder aus ihren Orten die beiden Schulen besuchen. Auch das Vorgehen der Landrätin war mitunter irritierend: Im Bauausschuss stimmte sie für einen Antrag der Verwaltung, der verhindert hätte, Anträge aus den Fraktionen auf die Tagesordnung des Kreistags zu setzen, um dann in der Kreistagssitzung gegen den Verwaltungsantrag zu stimmen. Ein klares Statement der Landrätin für den Schulstandort Marktheidenfeld war das jedenfalls nicht.

Ähnlich zögerlich hat sie sich in Bezug auf unsere Anträge verhalten. Es dauerte einige Monate, bis wir endlich den Antrag auf Reaktivierung der Werntalbahn auf die Tagesordnung bekamen, der Antrag auf die Gründung einer kreiseigenen Wohnungsbaugenossenschaft, der noch aus der vergangenen Legislaturperiode stammte, schaffte es tatsächlich erst gegen Ende des Jahres 2021 in die Ausschussberatungen und auf die Tagesordnung der Kreistagssitzung - wo wir ihn aufgrund der drohenden Ablehnung zurückgezogen haben, um ihn erneut zu stellen, wenn die neue Bundesregierung ihre Gesetzgebung zur Förderung von kommunalen Bauprojekten vorlegt.

Ein anderes Herzensprojekt der Kreis-SPD, die Etablierung eines Biosphärenreservats im Spessart, entwickelt sich jedoch allmählich. Im Oktober fand eine Informationsfahrt in die Rhön statt und die beteiligten Landkreise, außer MSP noch Aschaffenburg und Miltenberg, beraten bereits seit dem Frühsommer.

Die Finanzierbarkeit der aus unserer Sicht absolut notwendigen beschlossenen Großprojekte wird in den nächsten Jahren eine große Herausforderung darstellen, da zugleich auch Investitionen für eine zukunftsfähige Landkreisentwicklung erfolgen müssen. Mit dieser Thematik wird sich gezielt auch eine Lenkungsgruppe beschäftigen, die ein neues Leitbild für den Landkreis entwickeln soll.

Am Ende eines weiteren Jahres politischer Arbeit unter Pandemiebedingungen müssen wir festhalten, dass die - natürlich notwendigen - Infektionsschutzmaßnahmen oft lähmend wirken, vor allem weil der persönliche Austausch zwischen den Kreisrät:innen recht kurz kommt.

Wie alle hoffen wir daher auf eine Verbesserung der Pandemielage im Laufe des Jahres 2022 – Ihnen/Euch allen unsere besten Wünsche für das neue Jahr, Gesundheit und Zuversicht!

**Von Pamela Nembach, SPD-Kreisvorsitzende, Mitglied des Kreistages Main-Spessart und stellv. Landrätin**



Pamela Nembach

## Vorsitzender des Bundestags-Ausschusses Arbeit und Soziales

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales hat einen neuen Vorsitzenden. Während der konstituierenden Sitzung des Ausschusses unter Leitung der Bundestagsvizepräsidentin Aydan Özoğuz (SPD) wählten die Abgeordneten **Bernd Rützel (SPD)** in geheimer Wahl in dieses Amt.

Von den 45 abgegebenen Stimmen votierten 43 für Rützel, es gab eine Gegenstimme und eine Enthaltung.

„Wir haben in den nächsten vier Jahren viel vor. Und das muss uns zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger gelingen“, so der neue Vorsitzende.



Bild: Angelika Glöckner

## Liebe Leserinnen und Leser,

die SPD und Olaf Scholz haben es geschafft: Die SPD stellt nach 16 Jahren wieder den Bundeskanzler. Er ist der neunte Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und der vierte, den die SPD stellt.

Schon in den Koalitionsverhandlungen hat sich gezeigt, dass in dieser Regierung ein neuer Ton herrschen wird. Alle sind mit dem Vorsatz angetreten, ein stabiles Bündnis zu schließen, das von gegenseitigem Vertrauen, dem Willen Verantwortung zu tragen und Gemeinsamkeit geprägt ist. Das ist ein starkes Aufbruchssignal und gerade in einer Zeit, die von vielen Herausforderungen geprägt ist, besonders wichtig. Corona, Klimawandel, soziale Gerechtigkeit – mir ist es wichtig, diese und andere Themen nicht als Krise sondern als Aufgabe, die es zu gestalten und zu bewältigen gilt, zu betrachten.

Ihre Zusammenarbeit hat die neue Regierungskoalition unter das Motto „Mehr Fortschritt wagen“ gestellt – ein schöner Bezug zu Willy Brandt und seinem „Mehr Demokratie wagen.“

Diese Regierungskoalition besteht aus drei verschiedenen Parteien, die unterschiedliche Prioritäten haben und mit Sicherheit auch in der Sache einmal unterschiedlicher Meinung sein werden. Das ist kein Fehler – Demokratie lebt von Meinungsvielfalt. Es wird darum gehen, miteinander zu sprechen, gemeinsame Lösungen zu finden und gegebenenfalls Kompromisse zu schließen.

Der neue Ton kann auch das Verhältnis von Gesellschaft und Politik neu prägen. Gesundes Misstrauen ist sicher nie ein Schaden, was aber an Verschwörungen und Unterstellungen in einer Minderheit kursiert, ist damit nicht mehr zu begründen. Einheit in Vielfalt ist möglich. Gegen Spaltung und demokratiefeindliches Auftreten aber müssen Politik, Staat und Gesellschaft klare Grenzen setzen. Dafür und für Solidarität kämpft die SPD seit 1863.

Euch und uns allen wünsche ich einen guten Start in das Neue Jahr, Glück, Erfolg und Gesundheit.

Euer

A handwritten signature in black ink that reads "Bernd Rützel". The signature is written in a cursive, slightly stylized font.

Bernd Rützel

# Kurz berichtet

## Bayerns Verfassung feierte Geburtstag - 75 Jahre

Am 1. Dezember 1946 wurde die Bayerische Verfassung in einer Volksabstimmung angenommen. Dass die demokratische Neuordnung Bayerns bereits kurz nach dem Kriegsende gelang, war der amerikanischen Militärregierung zu verdanken. Sie stellte rasch die Weichen dafür, dass Wahlen abgehalten und eine Verfassung ausgearbeitet wurde.

Dazu Heribert Prantl in der SZ vom 27.11.2021 unter der Überschrift „Mein Schatz“:

„Die bayerische Verfassung ist farbiger, sprachgewaltiger, lebenspraktischer und fürsorglicher als das Grundgesetz...“

Diese bayerische Verfassung spricht zwar teilweise eine etwas altbackene Sprache; sie ist aber keine Schuhplattler- und Lederhosen-Verfassung.

Sie hat Substanz: sie hat einen Gehalt, den die Politik zu wenig achtet.

Da stehen hammerharte und hochmoderne fordernde Sätze. Zum Beispiel: „Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl.“

Und: „Kapitalbildung ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zur Entfaltung der Volkswirtschaft.“

Und: „Arbeitsloses Einkommen arbeitsfähiger Personen wird mit Sondersteuern belegt.“

Und: „Steigerungen des Bodenwertes, die ohne besonderen Arbeits- oder Kapitalaufwand des Eigentümers entstehen, sind für die Allgemeinheit nutzbar zu machen.“

Und: „Die Erbschaftssteuer dient auch dem Zwe-

cke, die Ansammlung von Riesenvermögen in den Händen einzelner zu verhindern.“

Die Sätze zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik klingen so, als hätten Papst Franziskus, Fidel Castro und „Fridays for Future“ daran mitgeschrieben. Es sind dies Sätze, die nicht einfach nur Staatszielbestimmungen für den Freistaat proklamieren, sondern auch einen Auftrag formulieren fürs politische Wirken in der Bundesrepublik und in Europa. Es sind Direktiven.

Natürlich ist das Grundgesetz rechtlich stärker und vom Rang höher. „Bundesrecht bricht Landesrecht“, heißt es dort. Gleichwohl ist die Landesverfassung nicht nichts: Sie bestimmt die Richtlinien der Landespolitik, jedenfalls sollte es so sein. Wenn so getan wird, als handele es sich nur um Sprüche aus dem Poesiealbum, ist das Verfassungsverachtung.

Diese bayerische Verfassung macht Ernst mit dem Satz, dass alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht; das Grundgesetz traut sich das bis heute nicht. Die bayerische Verfassung gab den Bürgerinnen und Bürgern von Anfang an das Volksbegehren und den Volksentscheid - also die Instrumente der Volksgesetzgebung, die dann vom Volk klug genutzt wurden. ..“

**Als „Vater“ der Bayerischen Verfassung gilt der Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner, der bereits neun Monate vorher den fertigen Entwurf vorstellte.**

## Vor 50 Jahren – Friedensnobelpreis für Willy Brandt

Am 10. Dezember 1971 wurde Willy Brandt mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet: Knapp 25 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs ehrte das Osler Nobelpreiskomitee den westdeutschen Bundeskanzler „für seine Versöhnungspolitik zwischen alten Feindländern“, wie es in der Begründung hieß.

Mit der Neuen Ostpolitik habe er „im Geiste des guten Willens einen hervorragenden Einsatz geleistet, um Voraussetzungen für den Frieden in Europa zu schaffen.“

**Frank-Walter Steinmeier**, der „Mann des Ausgleichs“ wird vorbehaltlich seiner Wahl am 13. Februar eine zweite Amtszeit antreten können. Er genießt die volle Unterstützung der Regierungskoalition.

Auch die Union wird nach ihren Aussagen die Wahl unterstützen.

Steinmeier ist ein sehr guter und hoch angesehener Bundespräsident, der sich in seiner ersten Amtszeit große Verdienste um unser Land erworben hat. Mit seiner ausgleichenden Art leistet Steinmeier einen unschätzbaren Beitrag für den Zusammenhalt im Land.

**Hubertus Heil**, der einzige Minister, der seinen Posten in der Bundesregierung behalten hat, konnte im Januar eine stolze Bilanz präsentieren: Trotz der Corona-Krise zeigten sich am Arbeitsmarkt zwei positive Entwicklungen.

Erstens: Noch nie waren so viele Menschen in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Und zweitens: Die Jugendarbeitslosigkeit liegt auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Eine Erfolgsbilanz und Ergebnis eines entschlossenen Krisenmanagements der Regierung und des Ministers in der zurückliegenden Zeit.

# Veranstaltungen im letzten Jahr

**Ausfallen mussten** die **Ortsbegehung zum Weltwasser-Tag**, die **Ostereier-Suche** für die Kinder der Gemeinde sowie **„Kabarett im Winzerkeller“**.

## Jahreshauptversammlung im Juli

„Bei der Jahreshauptversammlung der Erlenbacher SPD wurde die Führungsmannschaft einstimmig in ihren Ämtern bestätigt.“ (Main-Post)

Für langjährige Mitgliedschaft wurden durch MdB Bernd Rützel geehrt:

Matthias Liebler (10 Jahre), Marion Dworschak-Dornbusch, Eva Dworschak-Gundel, Monika Dworschak-Knoops, Sabine Götz und Bernd Rossmann für 20 Jahre, Oswald Väth (30 Jahre), Ingrid Kircher, Rolf-Dieter Kircher und Horst Rüttiger für 40 Jahre sowie Manfred Eyrich für 45 Jahre. Im Laufe des Jahres wurden weiter geehrt: Hanne Arnold, Heiner Arnold und Jürgen Brönnler für jeweils 25 Jahre Mitgliedschaft in der SPD. Alle Geehrten erhielten neben Urkunde, Anstecknadel bzw. -brosche ein Weinpräsent.

**Eine besondere Ehrung erfuhren auch Klaus Hudalla für 30 Jahre (Gemeinderat seit 1990) bzw. Dr. Klaus Dornbusch für 18 Jahre (Gemeinderat 1990 bis 2018) kommunalpolitische Tätigkeit.**

## Corona Blues

Es treibt mich um  
möcht es beschreiben  
die Frage warum  
mit Worten vertreiben

wenn sie in Scharen Regeln brechen  
von Impfdiktaturen sprechen  
Ärzte, Pfleger noch verhöhnern  
die ausgebrannt am Limit stöhnen  
branddrohend durch die Straßen streifen  
hassgeblendet anzugreifen  
abstruseste Ideen teilen  
maskenlos zu Demos eilen  
die Freiheit zu verteidigen glauben  
und uns die Freiheit damit rauben

Es treibt mich um  
die Frage warum  
kann's nicht beschreiben  
werd' wieder mal zuhause bleiben  
und mich an gült'ge Regeln halten  
um damit Zukunft zu gestalten

## „Die Freiheit erhebt ihr Haupt“ - Ortsverein feierte den 16. Freistaatstag

In der Nacht vom 7. auf den 8. November 1918 rief der unabhängige Sozialdemokrat Kurt Eisner mit dem Freistaat Bayern die erste moderne Republik auf deutschem Boden aus. Für den SPD-Ortsverein Erlenbach ist dies seit nunmehr 2005 Anlass, einen sog. „Freistaatstag“ zu begehen; in diesem Jahr nun zum sechzehnten Male.

Der 1. Vorsitzende Martin Wagner erinnerte an das Wirken von Kurt Eisner in den Jahren 1897 bis zur seiner Ermordung im Februar 1919.

In München habe sich die Revolution bei einer Friedensdemonstration auf der Theresienwiese am 7. November entzündet. Kurt Eisner, Vorsitzender der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Bayern (USPD) habe in dieser Nacht den Sturz der Wittelsbacher Monarchie verkündet und den „Freistaat“ Bayern ausgerufen. Auf der Prioritätenliste von Eisner standen der Achtstundentag, das Frauenwahlrecht, die Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht sowie die Völkerverständigung.

Erinnert wurde auch den 9. November, den Norbert Frei als „Deutschlands Tag“ bezeichnete. Dieser Tag sei zentral für die Geschichte der Republik. Es gäbe viele Gründe, den 9. November auch jenseits runder Jahrestage im Gedächtnis zu behalten.

So die Proklamation der Deutschen Republik vor 103 Jahren, die antijüdischen Pogrome vor 83 Jahren oder der Fall der Berliner Mauer vor 32 Jahren. Erinnert wurde auch an Georg Elser, dessen Attentat auf Hitler im Bürgerbräukeller in München am Vorabend des 9. November 1939 scheiterte.

Ein Wegbereiter der Demokratie sei auch Robert Blum gewesen, der an einem 9. November vom Militär des Habsburger Kaiserreiches ermordet worden sei.

Der 9. November sei neben einem deutschen Jubeltag auch ein deutscher Trauertag.

An diesem Tag zeigten sich Glanz und Elend der deutschen Geschichte.

Beendet wurde die Veranstaltung mit einem Satz des Freiheitskämpfers Robert Blum:

„Es hätte überhaupt nichts Gutes und Großes gegeben, wenn jeder stets gedacht hätte:  
Du änderst doch nichts!“

# Aktuelle Projekte in der Gemeinde



**Friedhof Tiefenthal**  
Auf Wunsch der Ortsbevölkerung wurde die Möglichkeit der Urnenbestattung mit 11 Erdurnengräbern sowie 32 Grabstellen in zwei Urnenwänden geschaffen.



## Friedhof Erlenbach

Hier wurde die Bestattungsmöglichkeit um eine Urnenwand mit 10 Grabstellen und 17 Erdurnengräbern erweitert.



## Freude bei der FFW Tiefenthal

Das neue Einsatzfahrzeug ist einsatzbereit. Mit der Anschaffung eines akkubetriebenen Hilfeleistungssatzes (Spreizer und Schneidgerät) ist die FFW Erlenbach bestens für Hilfs- und Rettungseinsätze ausgestattet.



## Aufforstung

Auch unser Wald blieb von einem Borkenkäferbefall nicht verschont. Nach der Rodung wurde eine Fläche von 2 Hektar als Mischwald wieder aufgeforstet. Hierzu erhielt die Gemeinde entsprechende Fördermittel.



### „DigitalPakt“ Grundschule in Erlenbach

Nachdem die Voraussetzungen für den Glasfaseranschluss geschaffen waren, wurde umgehend mit der Verkabelung und Ausstattung des Schulhauses begonnen.

Angeschafft wurden für Schüler bzw. Lehrer: Laptops, I-Pads, Dokumentenkamera, Anzeigeräte für Beamer.



### Lüftungsgeräte Kindergärten u. Grundschule

Zusätzlich zu den CO<sub>2</sub>- Messgeräten wurden CO-Luftreiniger mit HEBA-Filter-Funktion für die Kindergärten in Erlenbach und Tiefenthal sowie die Grundschule Erlenbach beschafft.

Die Maßnahmen „DigitalPakt“ Schule und Beschaffung Lüftungsgeräte wurden durch Bundes- und Landesfördermitteln unterstützt.



### Bachverrohrung und asphaltierte Straße

Die Ortsdurchfahrt Tiefenthal (MSP 41) wurde komplett saniert. Abwasser- und Trinkwasserleitungen sowie Strom- und Telekommunikationsleitungen wurden verlegt. In diesem Zusammenhang wurde eine weitere Haltestelle für den ÖPNV mit barrierefreiem Zugang geschaffen. Zum Ende des Jahres wurden die Asphaltarbeiten abgeschlossen. Erforderliche Restarbeiten werden sich noch bis Mitte des Jahres 2022 hinziehen.



## Corona Blues

**Auch im neuen Jahr bleiben viele Fragen. Sind die aktuellen Maßnahmen ausreichend?**

**Sind neue Maßnahmen notwendig?**

Das Coronavirus stellt uns alle also weiterhin vor neue und schwierige Herausforderungen.

**Unsere Bitte und Aufforderung: Impfen, impfen, impfen!**

### Gleich - ungleich

„Wer Zusammenhalt fordert, muss das Ziel verfolgen, den Standard des Gemeinwesens grundsätzlich zu heben, statt zuzulassen, dass sich die Privatisierung für Reichere normalisiert: private Krankenkassen, private Schulen, private Pflege. Andernfalls schotten Wohlhabendere sich von Problemen ab, weil sie es sich leisten können. Der Zusammenhalt, der einst in Kommunen auch durch die stabile Solidarität des klassischen Bürgertums gesichert war, wird durch solche Privatisierungen gefährdet...

...Der Pflegesektor zeigt, wie Besserverdienende schon nicht mehr auf politische Steuerung setzen, sondern auf Privatlösungen.

Das mag legitim sein, doch es ist auch ein Symptom der Entsolidarisierung mit der Breite der Gesellschaft und ihren Sorgen: Man löst das Problem für sich und die eigene Klasse, das Allgemeinwohl verliert man aus dem Blick.“

(Jagoda Marinic in der SZ vom 7. Januar 2022)

## TERMINE 2022

Termine bitte der örtlichen Presse bzw. Mitteilungsblatt entnehmen:

**Kommunalpolitische Frührschoppen**

**Gemeinderäte FWG/SPD**

**Erlenbach/Tiefenthal**

**Erlenbacher Sonntagsgespräch**

ViSdPG  
SPD-Ortsverein Erlenbach  
[www.spd-erlenbach.de](http://www.spd-erlenbach.de)



**Lukas Dürrnagel** ist gebürtiger Erlenbacher und arbeitet seit über zwei Jahren für die Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Katarina Barley, in Brüssel.

### Brüssel ist gar nicht so weit weg

Für viele ist Brüssel weit weg und die EU ein Symbol für unnötige Bürokratie. Mit diesen Vorurteilen im Kopf habe auch ich vor knapp zwei Jahren meinen Dienst im Europäischen Parlament angetreten. Einige davon haben sich bestätigt – so zum Beispiel dass viele Menschen nicht genau wissen, was die EU macht und was sie ihnen bringt. Auf der anderen Seite habe ich gelernt, dass die EU meistens tatsächlich konkrete Verbesserungen für ihre Bürgerinnen und Bürger durchsetzt – auch wenn manchmal durch Negativbeispiele in den Medien ein anderer Eindruck entsteht.

Was wir der EU zum Beispiel konkret zu verdanken haben, ist das grenzenlose Reisen, Studieren und Arbeiten. Einer der größten Vorteile der offenen Grenzen, nicht zuletzt für eine Exportnation wie Deutschland, ist der grenzüberschreitende Handel. Für viele, gerade viele von uns jüngeren Menschen, ist dieses grenzenlose, geeinte Europa gar nicht mehr anders vorstellbar. Und das haben wir der Europäischen Union zu verdanken. Dabei darf nicht vergessen werden, dass „die EU“ kein einheitlicher Block ist, der in fernen Brüsseler Hinterzimmern entscheidet. Jedes EU-Gesetz muss sowohl vom Europäischen Parlament als auch von den 27 Mitgliedstaaten gemeinsam beschlossen werden. Das ist schon manchmal eine große Kraftanstrengung – und meistens scheitern Dinge daran, dass sich die Staaten untereinander nicht einig sind. Wenn man deshalb eine effizientere Europäische Union haben will, dann funktioniert das auch dadurch, dass einzelne Mitgliedsstaaten nicht alles blockieren können. Etwas mehr Europa und etwas weniger Nationalstaat würde hier also helfen.

Wenn es interessiert, was die EU konkret für einen tut, der kann sich auf der Website

[www.what-europe-does-for-me.eu](http://www.what-europe-does-for-me.eu)

schlau machen. Dort wird bis auf Landkreisebene aufgeschlüsselt, welche Projekte die EU vor Ort fördert. Ich wusste zum Beispiel selbst nicht, dass der Europäische Sozialfonds Berufsbildungsprojekte in Marktheidenfeld und Karlstadt fördert. Es lohnt sich also, sich mit Europa zu beschäftigen – Brüssel ist gar nicht so weit weg, wie man meint.

**Lukas Dürrnagel**